Liebe KollegInnen,

ein Jahr Corona – ein Jahr Pandemie, ein Jahr private und persönliche Einschränkungen, Angst und Sorge um die eigene Gesundheit oder die Gesundheit der Frau, des Mannes, der Kinder, der Eltern, Großeltern, Verwandte und Freunde. Ein Jahr Pandemie hat gezeigt, dass das Covid-19 jeden Treffen kann und dass es nicht vorhersehbar ist, wie der Verlauf der Krankheit und welche Folgen im Leben bleiben und auch nicht wie lange.

Ein Virus bekämpft man nicht allein und auch nicht mit Augen zu und durch oder Leugnen.

Ganz klar die Corona-Pandemie ist eine enorme Belastung für jeden Einzelnen und für unsere Gesellschaft. Sie zeigt uns auf, welche Ungerechtigkeiten und Probleme existieren; zum anderen verschärft sie viele dieser Konflikte. Dabei sind es häufig die ohnehin Benachteiligten, die von der Krise und ihren Folgen mit der größten Härte und Wucht getroffen werden – Menschen in prekärer Beschäftigung, Beschäftigte in der Altenpflege, Kinder aus bildungsfernen Haushalten oder Frauen, die häufig wieder verstärkt in alte Rollenmuster gedrängt werden.

Es ist nachvollziehbar, wenn viele Menschen in diesem Land gestresst und frustriert sind, Ängste und Sorgen haben und die Krisenpolitik der Bundesregierung kritisch hinterfragen. Wir haben gesehen, dass Impfstoff- und Schnelltestbeschaffung nicht gerade optimal gelaufen sind. Wir haben gesehen, wie sehr der öffentliche Dienst und die öffentliche Daseinsvorsorge kaputtgespart wurden.

Kritik ist erlaubt.

Kritik an der Krisenpolitik hat dort eine Grenze, wo die Gesundheit und das Leben Anderer gefährdet werden. Wer das Virus und seine Gefahren schlicht leugnet und darauf pocht, sich an keine Abstands- und Hygieneregeln halten zu wollen, kritisiert nicht die staatliche Autorität, sondern ist nur rücksichtlos egoistisch und unsolidarisch.

Niemand darf die Pandemie als Vorwand nehmen, um Demokratieverachtung, Verschwörungserzählungen, Antisemitismus und Hass Gehör zu verschaffen. Unter dem Deckmantel der Verteidigung von Grundrechten und Freiheit hat sich im letzten Jahr eine gefährliche Mischung aus Rechtsextremisten, Reichsbürgern, Verschwörungstheoretikern, Impfgegnern und Esoterikern zusammengefunden, um ihre unsolidarische Hetze zu verbreiten. Wer gemeinsam mit Rechtsradikalen auf die Straße geht, um gegen die Corona-Maßnahmen zu demonstrieren, verteidigt nicht die Demokratie, sondern greift sie an.

für uns Gewerkschaften ist klar: Niemand darf das Gefühl haben, dass die eigenen Bedürfnisse in der aktuellen Krisenpolitik keine Rolle spielen. Wir haben immer für eine solidarische Krisenpolitik gekämpft. Und wir haben uns von Anfang an dafür eingesetzt, die Folgen der Pandemie für alle abzumildern und niemanden allein zu lassen. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, allen die Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen, die sie brauchen und die Kosten der Krise gerecht zu verteilen. Dazu müssen auch die Gewinner der Krise zur Kasse gebeten werden.

Für uns ist Solidarisch - Massenentlassungen durch Kurzarbeitergeld verhindern!

Ohne Kurzarbeitergeld wären die Arbeitslosenzahlen explodiert wie in den USA. Wir haben dafür gesorgt, dass dieses bewährte Kriseninstrument noch verbessert wird: Bis Ende 2021 gibt es ein höheres Kurzarbeitergeld von bis zu 80 bzw. 87 Prozent des normalen Lohns. Auch tarifpolitisch haben wir gehandelt. In vielen Tarifverträgen wird Kurzarbeitergeld zusätzlich aufgestockt und in vielen Branchen, die stark unter den Auswirkungen der Pandemie leiden, hat tarifpolitisch die Sicherung der Jobs höchste Priorität.

Die Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen werden während der Kurzarbeit bis zum 30.06.2021 und bei Qualifizierung auch darüber hinaus, durch die vollständige Übernahme von Sozialversicherungsbeiträgen durch die Bundesagentur für Arbeit entlastet. Wir erwarten für diesen gigantischen finanziellen Einsatz, dass am Ende der Kurzarbeit keine Kündigungen stehen!

Zudem rufen wir die Unternehmen auf, die Kurzarbeit für die Qualifizierung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu nutzen! Auch dies wird aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung gefördert. Das ist ein weiterer Erfolg des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften, die sich mit ihren Forderungen nach einer besseren Qualifizierungsförderung durchsetzen konnten.

Solidarisch ist: Jobs und Firmen retten, Beschäftigung sichern!

Insolvenzen verhindern und Arbeitsplätze sichern – das ist neben der Pandemiebekämpfung das alles überragende Ziel. Mit Schuldenbremsen und schwarzen Nullen geht das nicht. Wir haben uns von Anfang an für umfangreiche Hilfsprogramme stark gemacht, um Unternehmen, die durch die Pandemie in eine Krise gerutscht sind, schnell und unbürokratisch zu helfen. Die Bundesregierung hat aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und Geld in die Wirtschaft gepumpt, um eine Pleite- und Entlassungswelle zu verhindern.

Neben den Unternehmen und Beschäftigten leiden vor allem die Soloselbständigen unter der Krise. Um sie besser abzusichern, haben wir durchgesetzt, den Hartz IV-Zugang für sie deutlich zu erleichtern. Unter anderem gilt bis Juni 2021, dass bei Soloselbstständigen mit schwankendem Einkommen die abschließenden Prüfungen ausgesetzt werden – damit bleiben den Soloselbständigen, die es schwer genug haben, Rückforderungen der Jobcenter erspart und es werden die tatsächlich anfallenden Wohnkosten übernommen.

Solidarisch ist: Kohle statt Klatschen!

Vom Klatschen wird niemand satt. Alten- und Krankenpflege ist auch jenseits von Corona eine verantwortungsvolle Arbeit, die Respekt, Wertschätzung und vor allem eine anständige Bezahlung verdient. Die Kolleginnen und Kollegen in der Alten- und Krankenpflege bekommen eine steuerfreie Sonderzahlung von bis zu 1.500 Euro – ein erster Schritt zu einer angemessenen Bezahlung dieser wichtigen Arbeit. Diese ‚Corona-Prämie' ist eine Anerkennung für den unermüdlichen Einsatz der Beschäftigten in der Pflege, ohne die wir aufgeschmissen wären.

Was die Beschäftigten in der Pflege brauchen sind bessere Arbeitsbedingungen, weniger Stunden, mehr Ruhezeiten, mehr Personal und Solidarität untereinander und von außen. Das für das Krankenhaus in Schleiz eine Lösung des Erhaltens gefunden wurde ist der Organisation der MitarbeiterInnen in unserer Mitgliedsgewerkschaft Verdie und ihrem Kampf geschuldet.

Solidarisch ist: Junge Menschen nicht im Stich lassen!

Sie werden in der Corona-Krise oft vergessen: junge Menschen in Ausbildung und Studium. Wir haben sie im Blick. Für die Auszubildenden haben wir einen 500 Millionen Euro-Schutzschirm durchgesetzt. Dazu kommen Ausbildungsprämien für Unternehmen, die das Ausbildungsniveau halten oder anheben sowie Übernahmeprämien für Firmen, die Auszubildende oder dual Studierende aus Insolvenzbetrieben übernehmen. Außerdem wird die Ausbildungsvergütung gefördert, um Kurzarbeit bei Auszubildenden zu vermeiden. Viele Studierende haben ihre Nebenjobs verloren und erhalten keine staatlichen Hilfen wie das Kurzarbeitergeld. Auch sie werden unterstützt: Das BAföG wurde für sie geöffnet und wird länger gezahlt. Und wenn sie in systemrelevanten Bereichen arbeiten, wird ihr Einkommen für die Dauer der Pandemie nicht auf das BAföG angerechnet.

Solidarisch ist: Finanzielle Hilfen im Stress-Hotspot Familie!

Homeoffice, Homeschooling und hoffen, dass der Job nicht der Pandemie zum Opfer fällt: Familien setzt die Krise sehr stark zu, das ist in den vergangenen Monaten deutlich geworden. Zum Stress des Corona-Alltags kommen finanzielle Einbußen. Da haben wir angesetzt. Viele berufstätige Eltern müssen wegen Kita- bzw. Schulschließungen die Kinder betreuen, können nur eingeschränkt arbeiten und müssen deshalb Lohnausfälle hinnehmen. Seit März 2020 haben sie einen Anspruch auf Entschädigung. Wer sein Kind zu Hause betreuen muss, kann verlängertes Kinderkrankengeld beziehen: pro Elternteil im Jahr 2021 bis zu 20 Tage für jedes Kind, für Alleinerziehende 40 Tage.

Solidarisch ist: Mehr Arbeitsschutz in Büro und Betrieb, Hilfe im Homeoffice!

Arbeit darf nicht krank machen, das ist der Leitgedanke aller Gewerkschaften. Die Unternehmen müssen ihre Arbeitnehmer*innen in Büro und Betrieb umfassend vor einer Corona-Infektion schützen – dafür haben wir uns erfolgreich eingesetzt. Es gibt seit August 2020 neue und verbindliche Regeln für den Schutz vor einer Corona-Infektion. Abstände einhalten, Kontakte vermeiden, die Arbeitsumgehung dem Infektionsrisiko anpassen – das ist nun klar geregelt.

Wir fordern die Arbeitgeber auf die Arbeitsbedingungen tatsächlich zu verbessern und wirkliche Schutzmaßnahmen zur Infektionsausbreitung vorzunehmen, dazu gehört Testangebote, Einhaltung von Abstandsregeln und eine Unfallanzeige wenn sich ein Arbeitnehmer oder ArbeitnehmerIn auf Arbeit oder auf den Weg zur Arbeit infiziert. Es gilt: Nicht abwimmeln lassen, denn die gesetzliche Unfallversicherung bietet bei Arbeitsunfällen optimale Leistungen, die über die der gesetzlichen Krankenkassen hinausgehen. Und im Falle einer dauerhaften Minderung der Erwerbsfähigkeit besteht Anspruch auf eine Unfallrente. Aus Sicht des DGB müssen alle Fälle als Berufskrankheit oder Arbeits-,

bzw. Wegeunfall angezeigt und von dem zuständigen Unfallversicherungsträger anerkannt werden, die bei der Arbeit oder auf dem Weg dorthin entstanden sind.

Solidarisch ist eine konsequente Verfolgung von Infektionen mit Quarantäne

Es kann nicht sein, dass bei Nachgewiesener Corona-Infektion oder Erkrankung eines Kindes eine wechselseitige Betreuung der Eltern möglich ist. Oder wenn eine Infektion in einer Abteilung / Schicht im Graphischen Großbetrieb auftritt, nur die betreffende Person in Quarantäne muss. Ja zur Eindämmung des Covid19-Virus muss eben auch mal ne ganze Schicht zu Hause bleiben. Alles andere macht keinen Sinn und verlängert das Pandemiegeschehen.

Wir haben außerdem erreicht, dass die Gefährdungsbeurteilung für jeden Arbeitsplatz überprüft und ggf. angepasst werden muss. Corona hat uns ins Homeoffice gezwungen und damit einen Trend beschleunigt, der sich vorher schon abzeichnete. Das Thema wird uns auch nach Corona beschäftigen, denn die Arbeit zuhause darf kein arbeitsrechtsfreier Raum sein. In der Krise war uns wichtig, den Arbeitnehmer*innen kurzfristig zu helfen bei den Zusatzkosten, die zum Beispiel bei Stromverbrauch und neuem Mobiliar angefallen sind. Unseren praktischen Vorschlag einer Steuerpauschale hat die Bundesregierung umgesetzt: Bis zu 600 Euro (5 Euro x max. 120 Tage) können als abzugsfähige Werbungskosten angerechnet werden.

Solidarisch ist: Dauerhafte Ausweitung der Arbeitszeiten verhindern!

Krise als Chance – den Spruch kennen die Arbeitgeber auch. Vor allem die Arbeitszeitregelungen sind ihnen ein Dorn im Auge und gerne hätten sie sie dauerhaft gelockert. Das konnten wir verhindern. Zwar wurden vorrübergehend die tägliche Arbeitszeitgrenze erhöht und die Mindestruhezeiten gesenkt. Aber wir haben durchgesetzt, dass diese Lockerungen nicht verlängert wurden – bei der Arbeitszeit wird nach Corona wie vor Corona sein.

Solidarisch ist ein Mindestlohn von 12 Euro/Stunde

Für uns gilt der Grundsatz, eine Vollzeitbeschäftigung muss zu einem Vollzeitleben ohne staatliche Aufstockung reichen. Gleiches gilt für die spätere Rente. Vollzeitarbeit und Rente sollen nicht vom Staat aufgestockt werden müssen, das ist unser Anspruch und wir werden diesen auch durchsetzen. Zur Einführung des Mindestlohnes im Jahr 2015 profitierten über vier Millionen Menschen direkt von höheren Löhnen. Damals betrug er 8,50 Euro.

Auch wenn der Mindestlohn im kommenden Jahr deutlich auf dann 10,45 Euro angehoben wird ist er von einem armutsfesten Lohn immer noch Meilenweit entfernt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

fast jede und jeder vierte Beschäftigte arbeitet in Deutschland derzeit noch für Löhne unterhalb der Armutsschwelle. Das ist und bleibt ein Skandal in einem der reichsten Länder dieser Erde. Deshalb werden wir gerade auch mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl die politischen Parteien bei dieser Frage in die Pflicht nehmen. Sie müssen sich bekennen, ob sie bereit sind, Armutslöhne endlich

aus diesem Land zu verbannen. Wir wollen einen Mindestlohn von 12 Euro die Stunde und wir wollen ihn zügig und nicht erst zum St. Nimmerleinstag.

Solidarisch ist noch vieles mehr. Aber ich möchte zum Schluss kommen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, solidarisch ist ein Weg aus der Krise.

Dabei sind nicht nur wir Bürgerinnen und Bürger gefragt, sondern auch die Politik. Sie muss die Rahmenbdingungen für ein solidarisches Zusammenleben schaffen. Nur gemeinsam schaffen wir Gerechtigkeit bei der Krisenbewältigung - in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt.

Heute am 1. Mai unseren Kampftag spannen Wir auf den Plätzen der Orte wo es möglich ist, persönlich oder digital ein Netz der Solidarität - weil Solidarität die Zukunft ist.

Danke

Constanze Truschzinski